

Verbot des Hungermarsches auch in Chemnitz und Leipzig

Kämpft mit Volkseinsatz gegen die Schiedsregierung und ihre Hauptstütze, die SPD

Wie uns aus Chemnitz gemeldet wird, ist genau wie in Dresden der Hungermarsch der Gewerkschaften von der Polizei wegen „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ verboten worden. Dasselbe Verbot verbreitet die Telefonie aus Leipzig. Auch hier hat der SPD-Polizeipräsident Flehner den Hungermarsch verboten.

Das Polizeipräsidium von Dresden verbreitete gestern folgende Mitteilung:

„Die für Freitag, 15. April, auch in Dresden geplanten kommunistischen Demonstrationen, die als sogenannter „Hungermarsch“ propagiert werden, sind verboten worden. Sowie gleichwohl der Versuch gemacht werden, an diesem Tage dem Verbot zu widerstreben, so wird gegen die Demonstranten mit allen Mitteln, gegebenenfalls auch mit Waffengewalt, eingeschritten werden. Für den ordnungsliebenden Teil der Einwohnerschaft empfiehlt es sich deshalb dringend, sich an diesem Tage von Versammlungen fernzubehalten.“

Diese Mitteilung ist bezeichnend für den Geist, der bei der Dresdener Polizei herrscht, die in der letzten Zeit in immer größerem Ausmaß die Veranstaltungen der Arbeiterchaft gewalttätig unterdrückt, andererseits aber die demonstrierenden Arbeiter mit Blauhandschuhen anläßt.

In diesen Tatsachen kommt der faschistische Charakter der Schieds-Politik ganz offen zum Ausdruck.

Ein neues Beispiel dafür wird uns jedoch zugestellt. Vorgerichten wurden sämtliche Vorlesungen der AGD für den 1. Mai, die der Polizei vorher vorgelegt werden müssen, verboten.

Die Arbeiterchaft kann daran am besten erkennen, welcher Unterschied zwischen der Klagges-Regierung in Braunschweig und der Schieds-Regierung und ihrer Polizei in Sachsen besteht. Schieds ist ein ebenso getreuer Anwalt der faschistischen Brüning-Diktatur wie Seering in Preußen und Klagges in Braunschweig. Und diese Schieds-Regierung wird von der SPD in Sachsen gestützt und verteidigt. Für viele Schieds-Regierung tritt die SPD ebenso ein, wie für die Notverordnungsgesetzgebung Brüning-Groener und den Exzeptionär Hindenburg.

Die Schieds-Regierung und ihre faschistische Polizei zu erhalten, ist auch die Aufgabe, die sich die SPD bei ihrer Stellungnahme gegen den roten Volkseinsatz gestellt hat. Deswegen die gemeine Hege und die frechen Lügen der SPD und ihrer Presse gegen die AGD, die einzig und allein die Führerin im Kampf gegen die Schieds-Regierung und den ihr willfährigen Landtag ist. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß sich die Nazis demagogischerweise an dem Volkseinsatz beteiligen.

Wenn die SPD daraus ein „Zusammengehen“ der AGD mit den Nazis konstruiert, dann soll damit nur verschleiert werden, daß die SPD heute schon bereit ist, mit den Nazis zusammen gegen die Arbeiter zu regieren. Wir wiederholen hier nur die Erklärung, die von Seering am 7. April in einer öffentlichen Versammlung in Hamburg abgegeben wurde. Seering erklärte dort:

„Wir werden mit allen Gruppen und Parteien zusammenarbeiten, die über den Rahmen ihrer Parteigränzen hinaus das Wohl des ganzen Landes im Auge haben.“

„Ich wünsche, daß die Nazis eine Partei werden, die geführt wird von klaren politischen Köpfen. Ich würde gern mit einer solchen Partei ein Stück des Weges des Wiederaufbaues gehen.“

„Wenn die Nazis das sind, dann bin ich der Überzeugung, daß wir der Mitbeteiligung der Nazis an den Regierungsgeschäften gar nicht abgeneigt gegenüberstehen.“

Das ist die wirkliche Stellung der SPD, die im Interesse der kapitalistischen Klasse die Arbeiterchaft tagtäglich verrät und betrügt. Gemeinsam mit Hitler, gemeinsam mit den Nazis, gemeinsam mit Schieds-Brüning-Hindenburg und ihren Ministern, der Polizei, der Reichswehr und der Klassenjustiz, das ist der Weg, den die SPD marschiert, um die kapitalistische Ausbeutergesellschaft, das System des Hungers, des Faschismus und des Krieges zu erhalten.

Demgegenüber steht die AGD als einzige revolutionäre Partei, die rücksichtslos die Interessen der Arbeiterchaft und aller Werktätigen vertritt, die rote Einheitsfront immer fester schmiedet und den proletarischen Klassenkampf organisiert und führt.

Im den außerparlamentarischen Kampf der Arbeiterchaft, um den Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung, gegen den Lohn- und Unterdrückungsraub, gegen Faschismus und nationalsozialistischen Terror, gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen geht es auch im roten Volkseinsatz.

Dafür gilt es alle Arbeiter und alle Werktätigen zu mobilisieren.

Kommunisten, rote Wahlheiler, Mitglieder des Jugendverbandes und der proletarischen Massenorganisationen vor die

Front. Alle Kräfte eingesetzt. Mittelt die Betriebsarbeiter und Gewerkschaften, die Arbeiterfrauen und Jungarbeiter, die Mieter, die Angestellten und Beamten, alle Werktätigen in Stadt und Land auf. Mobilisiert sie für den roten Volkseinsatz und zum Kampf für Arbeit, Lohn und Brot, Welt und Jammert sie zum Kampf

für ein rotes Sachsen in einem freien sozialistischen Deutschland!

Alles heraus zum roten Volkseinsatz am 17. April für den Sturz der Schiedsregierung und die Auflösung des Sächsischen Landtages

Stimmt alle mit Ja!

Giftgasprodukte der Fa. Henden, Weißig nach den Gtodawerten

Arbeiter, seid wachsam, organisiert den Kampf gegen die Kriegsdreher!

Von Eisenbahnern wird uns mitgeteilt:

Seit etwa 10 Tagen werden von Weißig bei Großenhain täglich 10 bis 12 Waggons nach dem tschechischen Aülungsbetrieb Stoda in Pilsen und nach seinen Zweigfabriken in Stodo und Daischau befördert. Es wird vermutet, daß es sich um Säurelieferungen der Chemischen Fabrik von Henden in Weißig für Kriegszwecke handelt.

Daß diese Sendungen für Füllungen von Sprenggranaten oder Bomben bestimmt sind, steht fast außer jedem Zweifel. Wir haben schon mehrfach auf solche Transporte, die getarnt oder offen nach dem Ausland gehen, berichtet.

Die Chemische Fabrik von Henden wird genau so wie es jederzeit die Rüstungswerke in Dohna versuchen, abstritten, daß es sich um Lieferungen, die für Kriegszwecke bestimmt sind, handelt.

Die Arbeiterchaft darf sich durch solche Erklärungen der neuen Kriegsgewinnler nicht täuschen lassen. Sie muß erkennen, daß sie von dem aktiven Kampf gegen den Krieg abgelenkt und eingeschleiert werden soll, damit das Geschäft nicht gestört wird.

Mit erhöhter Wachsamkeit, mit gesteigerter Energie muß die gesamte Arbeiterchaft den aktiven Kampf gegen den imperialistischen Krieg aufnehmen. Von der Enthüllung zur Verweigerung der Herstellung und des Transportes von Kriegsmaterial überzugehen heißt als Aufgabe vor dem revolutionären Proletariat.

Proteststreiks gegen das Blutbad im nordböhmischem Bergrevier

Neue Streiks im Ditraver Gebiet. Große Sympathieundgedungen für die Streikenden

Prag, 14. April 1932 (Eig. Meld.)

Das Blutbad im nordböhmischem Revier hat unter der gearteten Arbeiterchaft der Tschechoslowakei eine gewaltige Empörung hervorgerufen. Es kam im Laufe des gestrigen Abends zu zahlreichen Kundgebungen und Demonstrationen. Heute stellten einige Betriebe zum Zeichen des Protestes die Arbeit ein, darunter der große Metallbetrieb in Prag, die Böhmisches Kolbenfabrik mit 1200 Arbeitern führte einen einständigen Demonstrationsstreik durch. Ebenso kam es zu einem Demonstrationsstreik im Textilbetrieb Klingel in Neustadt.

In der nächsten Parlamentsitzung werden kommunistische Abgeordnete gegen das Blutbad protestieren. Die Regierungsbekämpfer versuchen die Protestversammlungen durch Verhaftung der Funktionäre der kommunistischen Partei zu unterbinden. So wurden im Laufe der heutigen Nacht und heute vormittag fast alle kommunistischen Funktionäre des Reichsberger Kreises und zwei Sekretäre der roten Gewerkschaften mit der direkten Begründung, daß sie die Protestbewegung organisieren, verhaftet.

Am Tage des Generalstreiks im Nordböhmischem Revier fand in Peterswalde eine vom Industrieverband einberufene Konferenz für das Ditraver-Karwiner Bergarbeiter-Revier statt. Es beteiligten sich an der Konferenz 1200 Personen, davon ungefähr 1000 Delegierte und 200 Gäste. Es gelang nur, 600 Delegierte zu registrieren, die 29 Schächte von 16 Schächten im Ditraver Reviers vertraten. Unter den registrierten Delegierten waren 300 Delegierte aus dem Industrieverband der Bergarbeiter, 46 Angehörige des tschechisch-sozialistischen Gewerkschaftsbundes, 25 Angehörige der tschechischen Gewerkschaften, 42 Angehörige der tschechischen Nationalgewerkschaften, 2 Angehörige der deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Die Konferenz lehnte einstimmig den Streik ab und proklamierte für das ganze Revier den Streik. Auf Grund dieser Aufforderung haben vier Gruben des Ditraver Reviers die Arbeit eingestellt. Auf zwei anderen Gruben fand ein halbständiger Streik statt. Auf einer anderen Grube zwangen die Polizei und die sozialdemokratischen Funktionäre die Belegschaft einzuschleusen.

Sympathie mit Bergarbeitern beiträt

Das politische Bezirksamt in Bräz hat das Kaufmannsgremium wegen seiner Aufforderung zur Wiedereingetretung anlässlich der Revierkundgebung in der vorigen Woche mit einer Geldstrafe von 5000 tschechischen Kronen belegt. Diese Strafmessung konnte jedoch nicht verhindern, daß auch anlässlich der heutigen Generalstreiks die Bäden zum Zeichen der Sympathie mit den streikenden Bergarbeitern gesperrt blieben.

Beim zentralen Solidaritätsausmarsch in Prag sind bis heute 75 000 Kronen für die streikenden Bergarbeiter eingekassiert. Deutlich ist, daß auch von Gendarmerequisitionen und eingeleiteten Gendarmen, die ins Streikgebiet geschickt wurden, Beiträge für die kämpfenden Bergarbeiter eingingen.

Schwere Zusammenstöße bei Erwerbslosendemonstrationen in Neuteleand

Gestern abend kam es in Neuteleand bei einer Demonstration von Arbeitslosen zu schweren Zusammenstößen, in denen mehrere von Arbeitern verletzt wurden. Zur Unterstützung einer Reihe von Geschäften gestürzt wurden. Zur Unterstützung der Unruhen wurde ein schwabensächsisches Kommando von dem Schulkranker Philomel an Land geschickt. Es kam nochmals zu heftigen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und der bewaffneten Bürgerwehr einerseits, und den Arbeitslosen andererseits. Bei den Unruhen wurden mehrere hunderte Arbeiter und 20 Gendarmen zum Teil leicht verletzt.

„Der rote Soldat“

Gefreiter Gremmler erhält 2 Jahre Zuchthaus. Kommunistische Gesinnung ist „ehelos“

Diesmal hat die mit Hochdruck arbeitende Höpfermüllerei des 4. Strafenats, der hohen Scheeringer zu erliegen geglaubt, einen Gefreiten der Reichswehr und den Arbeiter Robert Gremmler erfaßt. Beide Angeklagte wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Beide wurden beschuldigt, die Zeitung „Der rote Soldat“, Zellenzeitung der Reichswehr, hergestellt zu haben.

Gremmler wurde deswegen zu zwei Jahren Gefängnis und Gremmler zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.

In der Urteilsbegründung wird als straferschwerend und ehelos bezeichnet, daß Gremmler trotz seiner Sympathie zur AGD in der Reichswehr geblieben ist. Wegen dieses in höchsten Maße ehelosen Verhaltens mußte gegen ihn auf Zuchthaus erkannt werden.

Wenn die von Hitler zum Arbeitermarsch dressierten SA-Banden in die Reichswehr eindringen, so ist das nicht ehelos, so werden sie nicht verhaftet, geschweige denn verurteilt. Wenn aber Arbeiter im Waffentod sich zu den kommunistischen Freischützern bekennen, so ist das ehelos, so werden sie ins Zuchthaus geschickt. Die Herren Reichsrichter als Vertreter der kapitalistischen Bourgeoisie haben gegen eine Hofenkreuzarmee gar nichts einzuwenden. Über „kommunistische Justizierung“ der Reichswehr fürchten sie mehr als die Pest; denn die Reichswehr ist das Hauptbollwerk des kapitalistischen Privateigentums.

Dieses neue Klassenurteil, das die kommunistische Gesinnung als ehelos infamisiert und die Träger jener Gesinnung ins Zuchthaus schickt, ist eine unerhörte Beleidigung der Millionenbewe-

gung des Kommunismus, der nach wie vor Koalitions- und Wahlfreiheit auch für die Soldaten fordert und darum Kampfen den Protest gegen den Zuchthausterror des Reichsgerichts einlegt.

Ruhhandel über Erweiterung der Preußenregierung nach rechts

Berlin, 15. April (Eig. Draht.)

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat zwischen Graf Helldorf, als dem Vertreter der neugegründeten „Nationalen Front Deutscher Stände“, und den bürgerlichen Mittelparteien eine Besprechung mit dem Ziele stattgefunden, nach dem 24. April eine Umbildung der preussischen Staatsregierung durch eine Erweiterung nach rechts, vorzunehmen. Nach der Aenderung der Geschäftsordnung durch den preussischen Landtag, ist die heuchlerische Einbeziehung der konservativen Elemente um Graf Helldorf in den preussischen Regierungskreis als Versuch anzusehen, einer, wenn auch etwas nach rechts erweiterten Otto-Braun-Regierung, eine Mehrheit zu verschaffen.

Wettervorausgabe

Wettervorausgabe: Zeitweise lebhaftes Windes aus östlichen Richtungen. Nur vorübergehende Bewölkungsabnahme. Deutliche Nebelbildung. Temperaturen schwanken, aber nicht weitgehend. Zeitweise Niederschläge.

Rote Fahne erneut verboten

Berlin, 15. April (Eig. Draht.) Die rote Fahne ist vom sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Erzgrubner auf drei Tage verboten worden. Am 14. April, in einem Artikel „Historisches Panoptikum“ über die Schmachung des Reichspräsidenten von Hindenburg und des Reichspräsidenten Kossel enthalten sei. Die Beleidigung Hindenburgs sei um so schlimmer, als Hindenburg eben erst am 14. April gewählt worden sei.

Da das Verbot nicht auf Grund politischer Überzeugungen, sondern bei einer unterhaltenden Plauderei erfolgt ist, kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß ein Verbot sozialdemokratischer SA eine gewisse Parität gebraucht hätte. Damit hat der Führer der kommunistischen Partei, Ernst Thälmann, nicht gehalten, als er in seinem Referat im Sportpalast am Samstag darauf hingewiesen hat, daß das Verbot der SA nur eine Fortsetzung des Reges sein würde, jetzt auch gegen die Kommunisten mit verstärkter Unterdrückung vorzugehen.

Große

Was bringt... an der... gar ein... konnte nur... enden, die... tenner“... Gegenüber... hunderten... Stolz auf... gumerhalten... der Somme... einem. Die... artikel: Der Weg der... im Weg der... zungen und... menen Schicht... gebildeten. Die... sozialistischen... werden... stellen u... alle begreift... reiblich. K... wasser wurde... hter wurde... wurde... Berliher... ung der Arbeit... die Kräftigen... möglichkeit einer... umen für den... 20 Milliarden im... der Aunhah... und Wänge... das Sowjet... tung des Was... derstellung des... schtheit. Die... sind besonde... stärke, die das... über macht und... wirt. Der... stantion B... sozialistische... gamentum... Das Sowjet... wischen Borw... schreibgale... wies dafür, daß... der Ehrenl... stois us g... Der sozialisti... er weiter, im... geplanlichst... stlicher entfall... stantmag wählt... der, liegt ihr... berungen. Die... die Gewerks... Die 9. Gewerks... schlichter... Gewerkschaften... haben Defonom... ständige V... stens in der F... was im zweiten... Parteikonferen... den. Die Gewer... die Schule d... Wintermessen. I... lichen Forderung... allmonatlich h...

Frauen

von Em... Fortsetzung... Die meisten mach... die Wirkunde la... hat, dann illeg... der hoch hier so... ne das hörten... wte, denn in der... obere Explosions... und, was for... vorausgesehen... diese Sirene heul... der unerhörte Dr... Mit einem... will in die Luft, i... habe vom dem U... über die Hälfte de... schützerten im... schlimmen Klogen... wuchs liegendem... stenden Fabriks... den zusammen... klaren und gerat... tünd und dem... Die Arbeiter... werden den Was... schäften die au... Was war pap... stantionen erfl... wte die erste... tibus nicht zu... die Sanitätser...